

Neue Notdienste in OWL

In Vorbereitung auf eine zweite Corona-Welle passen Ärzte die Versorgungsstrukturen an. Der Kreis Lippe startet als erster Kreis der Region mit der strikten Trennung von Patienten mit und ohne Symptome einer Infektion.

Carolin Nieder-Entgelmeier

■ **Detmold.** Mit einer neuen Struktur der Notdienste bereiten sich die niedergelassenen Ärzte in OWL auf eine zweite Corona-Welle vor. „Um auf steigende Infektionszahlen im Herbst und Winter vorbereitet zu sein, werden Patienten mit und ohne Symptome einer Infektion voneinander getrennt“, erklärt Karl Arne Faust von der Ärztekammer. Der Kreis Lippe startet als erster Kreis in OWL bereits am Samstag mit einem neuen Konzept mit jeweils einer Notdienstpraxis für infektiöse Patienten und einer für nicht infektiöse Patienten.

TRENNUNG VON PATIENTEN

Aktuell deutet nach Einschätzung der Ärztekammer (ÄKWL) sowie der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe (KVWL) noch nichts daraufhin, dass die bisherigen Strukturen im Gesundheitssystem für die Versorgung von Covid-19-Patienten in OWL nicht ausreichen. „Doch die Infektionszahlen steigen und werden mit Blick auf Herbst und Winter mit Sicherheit weiter zunehmen“, erklärt Hans-Christian Körner, KVWL-Betriebsstellenleiter in Detmold. „Um darauf vorbereitet zu sein, stellen wir ab Samstag unser gewohntes Konzept im Kreis Lippe um.“ Die Folge: Patienten mit Symptomen einer Infektion werden nur noch in der Notdienstpraxis Detmold behandelt und Patienten ohne Symptome dieser Art in der Notdienstpraxis Lemgo.

Dieses Vorgehen gilt laut ÄKWL exemplarisch für die gesamte Region Westfalen-Lippe. „Auch die anderen Kreise und Städte bereiten sich mit der Trennung von infektiösen und nicht infektiösen Patienten auf eine zweite Welle vor und werden die Änderungen bald veröffentlichen“, sagt Karl Arne Faust, ÄKWL-Vorsitzender in Detmold.

SCHUTZ FÜR PATIENTEN UND PERSONAL

„Dadurch verringern wir zum einen das Ansteckungspotenzial in Wartebereichen von Notdienstpraxen und zum anderen in Krankenhäusern, denn häufig sind Kliniken und



Corona-Test am Fenster: Zum Schutz ihrer Teams und Patienten improvisieren viele Hausärzte. FOTO: DPA

Notdienstpraxen unter einem Dach“, erklärt Faust. Das sogenannte Ein-Tresen-Prinzip sieht in vielen Kreisen und Städten vor, dass Patienten ins Krankenhaus kommen und dann je nach Art und Schwere der Erkrankung oder Verletzung entweder in die Notaufnahme oder die Notdienstpraxis geschickt werden, so wie im Klinikum Lemgo. „Dieses Prinzip birgt während der Pandemie jedoch Gefahren“, ergänzt Körner. Mögliche Corona-Infizierte könnten ins Krankenhaus gelangen und ganze Abteilungen aufgrund der Quarantäne-Vorschriften lahmlegen. „Um das Klinikum Lemgo zu schützen, werden in der Notdienstpraxis

Lemgo ab Samstag deshalb keine infektiösen Patienten mehr behandelt.“ Auch Corona-Tests können dort nicht durchgeführt werden.

Für den kinderärztlichen Notdienst wählt die KVWL einen anderen Kurs. Das Grundprinzip der Patiententrennung gilt jedoch auch hier. „Die Erfahrung zeigt, dass 85 Prozent der Kinder im Herbst und Winter wegen einer Infektion in die Notdienstpraxis kommen“, erklärt Körner. „Trotzdem werden infektiöse Kinder so weit wie möglich von anderen Patienten getrennt, indem extra Behandlungszimmer eingerichtet werden.“ Im Kreis Lippe heißt das: Es gibt weiterhin zwar nur eine kin-

derärztliche Notdienstpraxis in Detmold. „Jedoch mit drei Behandlungszimmern für infektiöse Kinder und einem Behandlungsraum für nicht infektiöse Kinder.“

Wichtig ist die Trennung kleiner und großer Patienten mit oder ohne Symptome einer Infektion auch zum Schutz der Teams in den Notdienstpraxen. „Die medizinischen Fachkräfte in den Bereichen für infektiöse Patienten arbeiten in voller Schutzmontur. Das haben wir auch allen Ärzten empfohlen“, sagt Körner.

PATIENTEN TRAGEN VERANTWORTUNG

Entscheidend für den Erfolg der neuen Notdienst-Konzept-

te in OWL sind jedoch die Patienten. „Eigenverantwortung ist jetzt mehr denn je gefragt“, sagt Faust. Weiterhin gelte die Regel, dass Patienten mit Symptomen einer Infektion zuerst bei ihrem Hausarzt anrufen. „Außerhalb der Sprechzeiten sind dann die Notdienstpraxen zuständig und nicht die Notaufnahmen, denn Erkältungssymptome sind kein Notfall“, erklärt Faust. „Es ist wichtig, dass die Krankenhäuser Kapazitäten für schwerkranke Patienten haben.“

Covid-19 ist laut Körner eine ernstzunehmende Erkrankung. „Aber anfängliche Symptome wie Halsschmerzen oder Fieber sind kein Grund für einen Besuch in der Notaufnahme. In den meisten Fällen stellt sich bei Covid-19-Patienten erst zwischen dem siebten und dem neunten Tag mit Symptomen heraus, wie schwer die Krankheit verläuft.“ Doch viele Patienten nutzen das System aus. „Vor allem Eltern kommen gerne abends oder nachts mit ihren Kindern in die Notaufnahme, obwohl diese nur leichte Erkältungssymptome haben. Sie fordern dann häufig einen schnellen Corona-Test“, sagt Faust. „Ich kann Angst und auch Druck nachvollziehen, aber Krankenhäuser dürfen nicht mit solchen Bagatellsymptomen belastet werden.“

PRAXEN BIETEN EXTRA SPRECHZEITEN

Als Reaktion auf die Forderung von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), flächendeckend Fieberambulanzen einzurichten, stellt die KVWL die Struktur der Notdienste um. Dazu zählt auch das Angebot zusätzlicher Infektionssprechstunden für die Bevölkerung, jedoch nicht in extra eingerichteten Zentren, wie von Spahn gefordert, sondern in bestehenden Arztpraxen.

Der Kreis Lippe startet am 30. Oktober mit dem Angebot. „Jeden Samstagvormittag wird dann mindestens eine Praxis für eine Infektionssprechstunde öffnen“, erklärt Körner. 22 Praxen sind im Kreis Lippe dabei. „Wird deutlich, dass die Kapazitäten am Wochenende nicht ausreichen, können wir so umgehend nachsteuern.“

Regionalplan bis 2040 als Entwurf gebilligt

Erstmals legt ein einheitliches Papier die wichtigsten Ziele fest. Nun sind Bürger gefragt.

Matthias Bungeroth

■ **Detmold.** Wie viele Flächen dürfen die Städte und Gemeinden künftig für Wohnen, Gewerbe oder Industrie nutzen? Wie sollen die Belange der Natur geschützt werden? Wie soll sich die Mobilität in Ostwestfalen-Lippe weiter entwickeln? Zu diesen und vielen anderen Bereichen trifft der neue Regionalplan inhaltliche Aussagen. Der Entwurf für das umfangreiche Planungswerk wurde im Detmolder Regionalrat einstimmig verabschiedet.

„Der Regionalplan ist unsere Karte der Möglichkeiten. Alle Beteiligten der kommunalen Familie und der Fachstellen haben sich in den vorliegenden Entwurf mit großem Engagement eingebracht“, sagt Regionalratsvorsitzender Reinold Stücke. Stücke sowie Regierungspräsidentin Judith Pirscher sprechen in einer Erklärung den Beteiligten Dank für die bisher geleistete Arbeit aus. Voraussichtlich am 1. November beginnt nun die Phase der Beteiligung der öffentlichen Stellen sowie der Bürgerinnen und Bürger zu dem Entwurf.

„Studieren Sie den Entwurf für Ihre Gemeinde, bringen Sie sich ein, beteiligen Sie sich“, fordert Stücke die Öffentlich-

keit auf. Neben den Aussagen zum Flächenverbrauch steuert der Regionalplan zum Beispiel auch die Nutzung von Rohstoffvorkommen und sichert bedeutende Infrastruktur in der Region.

Gleichzeitig ist er den Angaben zufolge „ein wichtiges Steuerungselement für den Freiraum- und Umweltschutz“. Denn er übernehme die Funktion des Landschaftsrahmenplans und des forstlichen Rahmenplans und lege ein flächendeckendes zusammenhängendes System von Schutzausweisungen fest. Klimaschutz, die Schaffung eines regionalen Biotopverbundes oder der Erhalt der Kulturlandschaft gehörten dazu.

www.bezreg-detmold.nrw.de



Regionalratsvorsitzender Reinold Stücke. FOTO: GEORGI

Angeklagte verwettet ein Vermögen

Mordprozess: Zuschauerin macht Notizen für den Ex-Mann, der bald selbst aussagen muss.

■ **Paderborn (JS).** Susanne O. (alle Namen geändert) ist eine Verwaltungsfachangestellte in der Paderborner Kreisbehörde. Sie gilt als zuverlässig und „total korrekt“, wie eine Kollegin sagt. Doch die 47-Jährige steht unter dem Verdacht, ihre Mutter vor einem Jahr getötet zu haben – aus Habgier, wie Staatsanwalt Fabian Klein überzeugt ist.

Am zweiten Verhandlungstag vor der Schwurgerichtskammer am Paderborner Landgericht wird offenbar, dass die Borchenerin durch ihre Leidenschaft für Online-Wetten gewaltige Schulden angehäuft hat. Wie ein Ermittler aussagt, setzte Susanne O. im Laufe der Zeit insgesamt 215.000 Euro ein, gewann aber bei weitem weniger. Ihren Finanzbedarf versuchte sie mithilfe von Online-Krediten zu decken. Die Borchenerin ließ auf das Haus, das ihr gemeinsam mit ihrer Mutter gehörte, eine Grundschuld eintragen. Auf rund 173.000 belaufen sich nach den Erkenntnissen der

Ermittler die offenen Forderungen. Ihre Spielsucht soll ihrem Ehemann Robert M. bekannt gewesen sein. Deswegen habe er auch daran gedacht, sich eine eigene Wohnung zu nehmen, sagt eine Freundin.

Während Zeugen über die Persönlichkeit von Susanne O. und über ihre Ehe mit dem Tierarzt Robert M. sprechen, fällt Verteidiger Mario Prigge im Zuschauerraum eine Frau auf, die sich während der Verhandlung konzentriert Notizen macht. Wie es sich herausstellt, ist die 37-Jährige die neue Lebensgefährtin von Robert M., der selbst bis Ende Dezember unter dem dringenden Tatverdacht stand, seine Schwiegermutter getötet zu haben. Dieser sei interessiert, was im Gerichtssaal geschehe, sagt die Frau. Und auch in ihrem Leben nehme das Geschehen breiten Raum ein. Die Schwurgerichtskammer lässt sich die Mitschriften übergeben. Robert M. soll nämlich am Freitag, 23. Oktober, aussagen.

PERSÖNLICH



Armin Laschet (59, CDU), NRW-Ministerpräsident, hat die neue Enzyklika „Fratelli tutti“ von Papst Franziskus als „wichtige Worte zur richtigen Zeit“ für „unsere zerrissenen Gesellschaften“ bezeichnet. Der Papst rufe zu mehr Kompromissbereitschaft auf und treffe damit den Kern vieler Konflikte dieser Tage“, teilte Laschet mit. FOTO: IMAGO-IMAGES



Bernd Schreyner (72), bei den Kommunalwahlen Dortmunder Oberbürgermeister-Kandidat der Partei „Die Rechte“, ist von der Polizei der Kleine Waffenschein entzogen worden. Er erfülle als Anhänger einer Partei mit gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Positionen nicht mehr die Voraussetzungen. FOTO: FACEBOOK

Einweisung nach Hammerangriff im Drogenwahn

■ **Gütersloh/Bielefeld** (nim). Am 11. März dieses Jahres hatte ein psychisch kranker Mann in Gütersloh-Friedrichsdorf in den Nachmittagsstunden seine Mutter mit einem Auto angefahren und dabei auf seine Motorhaube aufgeladen. Als die Frau zu Boden stürzte, nahm er einen Hammer vom Beifahrersitz und schlug damit einmal auf den Kopf der bereits erheblich verletzten Frau ein. Der 33-Jährige wurde kurz darauf in Tatortnähe festgenommen, seine Mutter überlebte durch eine Notoperation. Das Bielefelder Landgericht ordnete nun die Unterbringung des drogenabhängigen Manns in einem psychiatrischen Krankenhaus an. Der Täter leidet unter einer paranoiden Schizophrenie, zur Tatzeit war seine Steuerungsfähigkeit aufgehoben. Er hatte seine Mutter seinerzeit in seinem Wahn als Teil eines gegen ihn gerichteten Komplotts gesehen.

NRW macht so viel Schulden wie noch nie

Der offizielle Landesetat kommt zwar ohne Schulden aus. Doch dies geht nur, weil er mit Krediten in Milliardenhöhe aus dem Corona-Rettungsschirm ausgeglichen wird.

Lothar Schmalen

■ **Düsseldorf.** Kredite in Höhe von sechs Milliarden Euro – so viel Schulden wie für den Haushalt 2021 hat das Land NRW noch nie gemacht, um einen Etat zu finanzieren. Den bisherigen Rekord hielt mit 5,7 Milliarden Euro Schulden im Jahr 2009 der damalige Finanzminister Helmut Linssen (CDU). Er reagierte mit einem stark kreditfinanzierten Haushalt damals auf die Finanz- und Bankenkrise.

Die geplante Verschuldung für 2021 ist verursacht durch die Corona-Krise. Finanzminister Lutz Lienenkämper (CDU) muss 2021 einen Steuerausfall von 5,5 Milliarden Euro verkraften. Um den auszugleichen, „bedient“ er sich aus dem Corona-Rettungsschirm, der ausschließlich mit Krediten finanziert wird. Insgesamt hat der Landtag für diesen Rettungsschirm 25 Milliarden Euro genehmigt. 14,1 Milliarden Euro sind

bisher verplant oder verwendet, 5,1 Milliarden davon als Ausgleich für die Steuerausfälle, 900 Millionen Euro, um den Kommunen Kredite für den Ausgleich des zu erwartenden Minus bei der Gemeindefinanzierung zu gewähren.

Weil die Milliarden-Kredite nicht Bestandteil des offiziellen Haushalts sind, sondern aus dem „Sondervermögen“ des Rettungsschirms ent-

nommen werden, kann Finanzminister Lienenkämper den „normalen“ Haushalt als „schuldenfrei“ bezeichnen. Was aber nichts daran ändert, dass er mit einem hohen Kreditbetrag finanziert ist. Als Etikettenschwindel bezeichnet deshalb der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Opposition im Landtag, Stefan Zimkeit, diese Praxis.

Zimkeit kritisiert auch, dass



NRW-Finanzminister Lutz Lienenkämper (CDU) bedient sich für den Landeshaushalt 2021 aus dem Corona-Rettungsschirm. FOTO: DPA